

leicht letzten Versuch, das Werk jener dunklen Mächte zu durchkreuzen, welche des Czaren Ohr besitzend und seine Hand lenken. Die Nothwendigkeit der vorstehenden Veröffentlichung scheint der sicherste Beweis, daß bisher alle Mühe, den Czaren zur Veröhnlichkeit zu stimmen, ohne Erfolg geblieben. —

Sehr gespannt darf man auf die Wirkung sein, welche die Veröffentlichung in Rußland ausüben wird. Nach den erst vorgestern wieder aus Petersburg eingetroffenen Meldungen fährt Rußland fort, mit allen Kräften zu rüsten und Anleihen zu Stande zu bringen, wozu Frankreich Hilfe leistet. Gleichzeitig wird aber russischerseits versichert, daß, so lange Deutschland ruhig bleibe, ein Angriff ihm von keiner Seite drohe. Wenn man bedenkt, daß ganz dasselbe Spiel mit Worten abwechselnd gegen Deutschland und gegen Oesterreich-Ungarn beliebt wird, nichtbestoweniger aber sowohl gegen Deutschland wie gegen Oesterreich-Ungarn die Rüstungen fortgehen, so ist es schwer, an die Ehrlichkeit einer die Maßnahmen auf militärischem wie auf finanziellem Gebiete begleitenden diplomatischen Dialektik zu glauben, zumal wenn man sich erinnert, daß auch in dem Jahre, welchem das deutsch-oesterreichische Bündniß seine Entstehung verdankt, eine diplomatische Zweideutigkeit sondergleichen von russischer Seite Pläne zu verhehlen bestimmt war, die als den Frieden bedrohende sowohl von deutscher wie von oesterreichisch-ungarischer Seite unschwer erkannt wurden.

In dem Artikel III. des Vertrages ist die Geschichte der Entstehung des Bündnisses mit einer geradezu großartigen Einfachheit dargelegt, gleichzeitig aber enthält auch dieser Artikel den Schlüssel zu dem jetzigen Vorgehen der verbündeten Regierungen, ihre friedlichen Absichten, die sie beim Abschluß des Bündnisses leiteten, außer Zweifel zu stellen, um wenigstens darüber nach allen Seiten Klarheit zu schaffen, wer den Frieden bedroht.

Ueber den Eindruck, den die Publikation im Ausland gemacht, liegen folgende Nachrichten vor:

London, 4. Februar. Die „Times“ bezeichnet die Veröffentlichung des oesterreichisch-deutschen Bündnisvertrages als einen Zwischenfall, dessen ernste Bedeutung im gegenwärtigen Augenblick sich unmöglich unterschätzen lasse. Es entstehe jetzt die Frage, ob die Veröffentlichung des Vertragstextes einen klugen Rückzug oder ein entschlosseneres Vorgehen Rußlands veranlassen werde. — Der „Standard“ betrachtet die Veröffentlichung als eine an Rußland gerichtete unzweideutige Warnung vor der Gefahr, die es bei einem Friedensbruch laufen würde.

Der Brüsseler russisch-offizielle „Nord“ sagt in einem Proskriptum zu der Veröffentlichung des deutsch-oesterreichischen Bündnisvertrages: Wenn sich auch auf den ersten Blick nicht übersehen lasse, wie die Veröffentlichung einer gegen Rußland gerichteten Abmachung eine Beruhigung hervorbringen könne, so sei nichts desto weniger zu wünschen, daß die Veröffentlichung die friedlichen Folgen haben möge, die man in Wien und Berlin erwarte.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Nachtrag zum Militär-etat umfaßt zwar die ganze Kreditforderung von 278 Millionen, doch soll, wie aus den Motiven hervorgeht, für den Etat des nächsten Jahres zur Verzinsung der Anleihe nur die Summe von 2,800,000 Mark eingestellt werden. Es würde demnach also nur ein Theil der Summe, etwa 80 Millionen zur Begebung kommen, während die Summe von 200 Millionen gleichzeitig zur Verfügung gestellt wird.

— Vom Kronprinzen. Nach Meldungen verschiedener Blätter hatte das letzte Konsilium der Aerzte in San Remo ein weniger befriedigendes Resultat, als allgemein angenommen wurde. Madenzie's letzte Aeußerung, daß eine Operation unnötig sei, erfuhr nach diesen Quellen eine Einschränkung dahin, sie sei momentan unnötig, später sei vielleicht der Luftröhrenschnitt dennoch notwendig. Einem Interviewer soll Madenzie erklärt haben, es sei fast gewiß, daß Krebs nicht vorhanden sei, jedoch sei auch Perichondritis nicht gefahrlos, da sie die Athmung hemme. Man werde nun sagen: wenn die Tracheotomie (Luftröhrenschnitt) nötig würde, so sei durch die Aufhebung der Krebsdiagnose nichts gewonnen. Dies ist falsch. Während Krebs unheilbar ist und durch Blutvergiftung zum Untergang führt, kann Perichondritis geheilt werden. Es ist ganz gut möglich, daß die Athmungscannule wieder entfernt werden kann. Nach der Tracheotomie besteht die Gefahr nur noch darin, daß eine Kehlkopfschwindsucht oder ein allgemeiner Kräfteverfall eintritt, was jedoch keineswegs unvermeidlich ist und jedenfalls Jahre erfordert, wenn nicht ein besonders ungünstiger Verlauf sich zeigt. Madenzie reist Freitag ab und kehrt in einigen Wochen zurück. Er rühmt sich nicht, Recht behalten zu haben, obwohl er schon im Mai in Berlin betonte, daß kein Beweis für Krebs vorhanden sei, was in einem Separatprotokoll vom November unter dem Hinzufügen, daß eine mikroskopische Untersuchung erforderlich sei, wiederholt wurde. Insofern stehen die deutschen Aerzte gerechtfertigt da,

als sie stets vor Unterschätzung des Leidens und vor optimistischer Auffassung warnen.

— Aus den deutschen Bundesstaaten. In Greiz besteht ein Kriegerverein, welchem trotz wiederholten Nachsuchens eine Statutenänderung dahin nicht gestattet wurde, daß er auch jüngere ehemalige Soldaten, d. h. solche, welche die Feldzüge 1870—71 nicht mitgemacht haben, aufnehmen dürfe. Er ist somit zum Aussterben bestimmt. — Ferner besteht ein Militärverein. Dieser feiert nur den Geburtstag des Landesherrn, nicht aber den des Kaisers. Das letztere geschah nur einmal infolge eines gegen den Wunsch des Vorsitzenden zu Stande gekommenen Beschlusses. Er besteht zu einem großen Theil aus Beamten und diesen ist ohnehin unterstellt, an irgend einer Feier des 2. September sich zu theilnehmen. Eine Anzahl gedienter Soldaten, welche außer der Treue gegen den Landesherrn auch der Treue gegen ihren Kaiser und Kriegsherrn, dem sie unbedingten Gehorsam geschworen haben, Ausdruck geben wollen, sind zusammengetreten, um einen — bis jetzt nach langer Frist jedoch noch nicht genehmigten — neuen Militärverein zu gründen, welcher als Vereinszeichen Schleifen in schwarz-roth-gelber Landesfarbe nahm. Diesem Verein trat der provisorische fürstliche Steueraufsicht Lippold, welcher sein Freiwilligenjahr in Dresden abgedient hatte, bei, und unterzeichnete dessen Statut. Das veranlaßte die fürstliche Regierung, ihm seine Stelle zu kündigen, wobei ihm mündlich eröffnet wurde, daß dies der einzige Grund sei und daß man mit seinen Leistungen vollkommen zufrieden gewesen sei. — Wie jetzt aus Greiz gemeldet wird, hatte sich Lippold sodann um Uebernahme in den preussischen Staatsdienst beworben. Seine Uebernahme war ihm darauf zugesichert worden, nur möge er von fürstlicher Regierung ein Zeugniß, und namentlich die Angabe des Entlassungsgrundes erbringen. Die Ausstellung eines solchen wurde ihm von fürstl. Regierung verweigert mit der Motivirung, daß sie einem in Auftrags- oder Vorbereitungsdienst angestellten Beamten kein Zeugniß auszustellen brauche. Herr Lippold hat sich darauf an das preussische Finanzministerium gewendet, und ist nunmehr verfügt worden, daß er nach erfolgter Entlassung aus dem gegenwärtigen Dienstverhältnisse als kommissarischer Grenzaufsicht in Altona unter Anrechnung seiner zurückgelegten Dienstjahre gegen Bewilligung des vorgeschriebenen Dienstlohnens (dasselbe übersteigt das jetzige gerade um die Hälfte) definitiv angestellt werde. Es ist ihm nur noch aufgegeben worden, näher bezeichneten Ort seine thatsächlich erfolgte Entlassung aus dem bisherigen Dienstverhältnisse nachzuweisen, ohne daß es hierzu eines Zeugnisses der fürstlich Neuhau-Plauischen Landesregierung und namentlich der Angabe des Entlassungsgrundes bedürfe.

— Rußland. Ein offizieller Artikel der „Neuen Zeit“ versucht, die militärischen Maßnahmen Rußlands in Polen als bloßen Vertheidigungszweck dienend hinzustellen und bemerkt, Rußland brauche nicht einen Fuß breit deutschen Landes, werde aber auch keinen Fuß breit seines Landes abtreten. „Von tiefer Friedensliebe erfüllt, verhehlen wir nicht, daß wir uns nur zur Vertheidigung vorbereiten; so lange Deutschland ruhig bleibt, droht ihm von keiner Seite ein Angriff.“

— Krakau. Die Nachrichten der letzten Tage aus Rußland lauten sehr kriegerisch. Sämmtliche Bahnhöfe Polens wurden durch Militärs gemessen, um zu ermitteln, wie viel Militär untergebracht werden kann. Unter dem Militär herrscht die Ueberzeugung, daß die russische Armee längstens binnen vierzehn Tagen vormarschiren oder eine gegen Preußen und Oesterreich gerichtete Stellung einnehmen werde.

Sächsische Nachrichten.

— Dresden. In Antonstadt hat sich eine Frau durch das Tragen giftig gefärbter rothwollener Strümpfe an einem mit einer offenen Wunde versehenen Fuß eine starke Blutvergiftung zugezogen. Zuerst hat dieselbe einen Ausschlag am ganzen Körper bekommen und jetzt schwebt sie in Gefahr, das eine Bein ganz zu verlieren.

— Eine gräßliche Szene spielte sich am Freitag Mittag in der in Chemnitz auf dem Neustädter Markt befindlichen Menagerie des Herrn Fall ab. Es wurde in einem großen Käfig die Dressur eines Bären, dreier Wölfe und einer Hyäne durch eine Thierbändigerin, die Tochter des Besitzers, ausgeführt. Hierbei erfaßte der Bär die Bändigerin mit seinen Klauen und brachte ihr an Brust, Hals und Schultern nicht unerhebliche Verletzungen bei. Darauf eilte der Bedrängten ein Wärter zu Hilfe, doch auch dieser wurde von dem Bären erfaßt und verletzt. Auch der Besitzer, welcher sich zur Hilfe der Weiden in den Käfig begab, hatte dasselbe Schicksal. Nunmehr eilte das übrige Wärterpersonal herbei und trieb die wilden Bestien mit eisernen Stäben in einen Winkel, so daß es den drei bedrängten und verletzten Personen möglich wurde, den Käfig zu verlassen. Die Verletzungen der Personen sollen theilweise nicht unbedeutend sein. Ärztliche Hilfe war schnell bei der Hand.

— Freiberg. Die hiesige l. Staatsanwaltschaft erläßt folgende Bekanntmachung: „Mitte Oktober vorigen Jahres haben in Hainichen vier unbekannte Frauenpersonen in Nonnentracht milde Gaben zu einem Fond für Errichtung eines Waisenhauses gesammelt, eine Einzelnungsbillette vorgelegt, die Höhe eingeziehener Beträge aber durch Vorlegung einer 1 in die Markspalte verfälscht, um spätere Geber zu höheren Gaben zu verleiten. Um dieselbe Zeit haben sich drei Nonnen des Ordens vom Herzen Jesu vor dem Stadtrath in Hainichen durch Vorlegung eines von einer Elfaß-Kochtringer Behörde ausgestellten Scheines ausgewiesen, gegen sie richtet sich der Verdacht der Fälschung. Die Polizeibehörden werden um Ermittlung dieser Personen, Vernehmung derselben und Beschlagnahme der Zeichnungsliste ersucht.“

— Ueber den weiteren Verlauf der Trichinenepidemie in Cunewalde schreibt man von dort: Wir hoffen, den Höhepunkt der Epidemie erreicht zu haben. Bei den leichter Erkrankten konstatiren die Aerzte eine wesentliche Besserung. Die Schwerkranken gehen freilich unter unsagbaren Schmerzen eins nach dem anderen dem Tode entgegen. Bis jetzt sind in hiesiger Parochie an Trichinose gestorben: 15 Personen und zwar 5 ledige junge Männer, 4 junge Ehemänner, 3 Ehefrauen, 1 Wittwer, 1 Wittwe und 1 Kind. Verwaiste Kinder giebt es bereits 20. Was menschliche Hilfe leisten kann, wird möglichst den armen Kranken zu Theil. Es sind thätig 2 Aerzte, davon einer, Herr Dr. med. Wagener, extra zu diesem Zweck vom Ministerium des Innern geschickt. Die Pflege leiten 5 geschulte Krankenpflegerinnen, 2 Albertinerinnen, 2 Diakonissinnen und 1 barmherzige Schwester. Zur Hilfe haben sich von hier Frauen und Jungfrauen zur Verfügung gestellt und leisten wesentliche Dienste. Für jeden Kranken, resp. für jede erkrankte Familie sind Wärter oder Wärterinnen bestellt, meist Hausgenossen oder Nachbarn, welche gegen entsprechende Entschädigung Tag und Nacht um die Kranken sind. Eine Suppenanstalt ist errichtet im Schloß Obercunewalde, wo für die Kranken circa 100 Portionen gekocht werden, in dem entlegenen Palbau wird die Krankenjuppe in der Försterei besorgt. Jeder Kranke erhält eine Flasche Rothwein für 3 Tage, außerdem Selterswasser, Fruchtsäfte, Heidel-, Preiselbeeren und dergleichen nach Angabe der Herren Aerzte und der Schwestern. Große Nachfrage war nach Luftkissen und wollene Decken. Die Johanniter haben jetzt dem größten Mangel abgeholfen. Es ist aber noch immer Bedarf, sodaß zuweilen telegraphisch Luftkissen bestellt werden mußten. Dem Hilfsomitee fließen reichlich Gaben zu, sodaß wir die vorhandenen Bedürfnisse momentan alle befriedigen können. Doch wird für die Reconvalescenten, Wittwen und Waisen noch viel gebraucht werden. Die Zahl der Erkrankten beläuft sich noch auf ca. 165. — Der Rapport der freiwilligen Feuerwehr von Obercunewalde theilt mit: „Von der freiwilligen Feuerwehr Obercunewalde sind seit dem Ausbrechen der Trichinose 25 Mann erkrankt, davon 6 gestorben, 16 Frauen, davon 2 gestorben. Darunter befinden sich, der Commandant (+), der Obersteiger, Vice-Obersteiger, Spritzenmeister (+), dessen Stellvertreter. Es existirt kein Kommando. — Am 3. d. hat sich in unserm Ort ein neues Unglück zugetragen: Unser allbeliebter Ortsarzt kam auf einer Fahrt zu einem Patienten, der sich die Zunge durchschnitten, infolge des Scheuens seines Pferdes unter den Schlitten und wurde von dem Pferde so unglücklich in das Gesicht geschlagen, daß wohl Kinnlade und Nasenbein gebrochen sein dürften. Dies Unglück erregt allgemeine Theilnahme. Da unser Arzt mit dem vom königl. Ministerium zu Hilfe gesandten Arzte vollauf zu thun hatte und kaum fertig werden konnte, so fehlt es nun wieder an einem Arzte.“

— Bei dem Landtag sind über 25 Petitionen um Einführung der obligatorischen Trichinenschau eingegangen. Die Petenten verweisen zur Begründung ihres Besuches auf die vielen Todesfälle und Erkrankungen hin, die durch den Genuß von trichinosem Schweinefleisch herbeigeführt worden sind und glauben, daß durch Einführung der obligatorischen Trichinenschau den Erkrankungen an Trichinose begegnet werden könne. Nach dem Namens der Petitionen-Deputation durch Abg. Weigang erstatteten schriftlichen Bericht gipfelten die Auslassungen der von der Regierung gehörten Commissare in Folgendem: Eine absolute Garantie gegen Erkrankung an Trichinose würde durch die Untersuchung des Schweinefleisches nicht geboten. Irrungen wären möglich. Die Untersuchung der auf dem Lande geschlachteten Schweine begegne großen Schwierigkeiten. Die Gemeinden wären in der Lage, ortstatutarisch vorzugehen. Außerdem seien Verordnungen über den Verkauf von Fleisch kranker Thiere ergangen. Die obligatorische Einführung der Trichinenschau mache einen großen Polizeiparatat nötig. Durch Volkstatut könne auch das Faustren mit Fleisch verboten und die Untersuchung des eingeführten Fleisches angeordnet werden. Im Uebrigen verhalte sich die Regierung nicht durchaus ablehnend, behalte die Sache vielmehr fortwährend im Auge, könne aber vor weiteren Erörterungen kein Vorgehen in Aussicht stellen. Die Deputation hat sich eingehend mit der Frage beschäftigt und ihren

Verh
Grun
obliga
und
habt,
Sach
ordnu
Trich
die sa
anord
die ob
gering
verzei
gemei
tatib
Grund
führn
nicht
Trich
sei.
hoffen
die D
daß
ungen
schon
der T
sah
berlau
109 G
79 Lo
gierung
Schwe
würde
obligat
Braun
dieselbe
wähnt
überwei
lichen
aller
zu lasse

S
Ihre
eten
309 die
„La
Dr. Hü
er mir
Kinde
Doch je
Thees n
Alm
zur Hü
reit sein.
Sie
Abendbr
träge ert
erschraf
kurzen B
stand am
haltend,
hatte. I
ein weiß
aber stan
„Dre
eins von
obenbezi
ihrem Hö

„Ja
fragte de
„Pap
eine verrä
„Ich weiß
sollen.
war ja
davon er
Blaustein
„Wel
verstehe
sie Dr. W
Wobei ist
gethan, Ki
„Wen
wirft, Pap
ihr Köpfc
Blick zu i
„Hoffe
sein. All
„Sieh
Vielleicht
in Verleg
len und id
hatte Du
Ich war
helfen konn
„Du e
hälterin“